

Gedenkdienst für Frauen

20. DEZEMBER 2007 | 17:25 | WIEN

Grüne fordern Gesetz, das auch Frauen den Dienst im Ausland finanziert

Wien (SN-zim). Simone Schuller aus Kärnten ist die erste Frau, deren Gedenkdienst von den Grünen finanziert wird. Das solle ein Zeichen dafür sein, dass „Geschichte keine reine Männerache ist“, sagte die Grüne Frauensprecherin Brigid Weinzinger am Donnerstag. Gemeinsam mit der Dritten Nationalratspräsidentin Eva Glawischnig präsentierte sie das Grüne Projekt, durch welches ab sofort jedes Jahr einer Frau der Dienst finanziell ermöglicht wird – so lange, bis es ein Gesetz gibt, das Männern und Frauen die gleichen Voraussetzungen beim Absolvieren des Gedenkdienstes gibt, wie die beiden betonten. „Das heißt aber nicht, dass wir Frauen zum Präsenzdienst verpflichten wollen“, betonte Weinzinger.

Der Gedenkdienst ist als Ersatzdienst für den Zivildienst eingerichtet worden und wird über drei Organisationen abgewickelt. Das Jahr kann an Holocaust-Gedenkstätten im Ausland verbracht werden. Die Freiwilligen betreuen Jugendliche, alte Menschen oder arbeiten in Archiven und Museen. Schuller etwa geht nach New York, um die Geschichte dort lebender Shoa-Überlebender zu recherchieren.

Derzeit ist der Auslandsdienst für Frauen nur auf eigene Kosten möglich, während er Männern als Präsenzdienst-Ersatz vom Innenressort mit 10.000 Euro finanziert wird. Glawischnig will nicht nur, dass Frauen der Gedenkdienst ebenfalls bezahlt wird. Sie ist auch gegen eine Deckelung der Finanzierung.

Die Grünen haben für das Gedenkjahr 2008, in dem sich der „Anschluss“ Österreichs an Nazi-Deutschland zum 70. Mal jährt, auch andere Initiativen geplant. So fordern sie etwa ein NS-Aufhebungsgesetz, das alle Urteilssprüche im Dritten Reich aufgehoben werden. Damit wäre auch eine alte Grüne Forderung erfüllt: Dass auch Deserteure der Wehrmacht und Homosexuelle rehabilitiert werden.

Kritisch äußerte sich Glawischnig zum Großprojekt „A Letter to the Stars“. Gegen den Umgang mit Opfern des Holocausts bei dem Projekt habe sie „massive Bedenken“, sagte sie. Ohne professionelle psychologische Hilfe für die Überlebenden gehe man ein Risiko ein. Der Grüne Klub werde die Aktion daher nicht finanziell unterstützen, sagte sie. Bei dem Projekt sollen Überlebende der Shoa, deren Lebensläufe an Schulen recherchiert werden, nach Wien geholt werden.

© SN/SW